



Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen  
Kreistag Ludwigsburg

Ludwigsburg/ Asperg, 30.9.2013

## **Pressemitteilung**

### **Grüne im Kreistag Ludwigsburg gegen weitere Zuständigkeiten für den VRS beim ÖPNV.**

**Der VRS bekommt den S-Bahn-Betrieb nicht in den Griff, warum soll der gut funktionierende Bus-Verkehr im Landkreis durch eine Zuständigkeitsänderung auch noch Schaden nehmen?**

In einem Region weiten Schreiben an die Vorsitzenden der grünen Fraktionen der Landkreise und der Stadt Stuttgart sprach sich die Grünen Fraktion im Kreistag Ludwigsburg gegen eine Zuständigkeit des Verbands Region Stuttgart (VRS) für die überregionale Busverkehre in den Landkreisen aus.

Die Regionalversammlung des VRS beschloss in der vergangenen Woche einen Antrag an Landtag und Landesregierung, die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Zuständigkeit für den VRS gegeben ist.

Jeweils ein Gutachten der Landkreise und des VRS kommen zu recht unterschiedlichen Ergebnissen bei der Frage, wo die Zuständigkeit „eigentlich“ angesiedelt sein müsste. Ausgangspunkt sind Anforderungen aus der EU, wie zukünftig u.a. Busverkehre geplant und ausgeschrieben werden müssen (EU-VO 1307/2007).

Die Grünenfraktion im Kreistag Ludwigsburg hat sich demgegenüber mit den praktischen Auswirkungen auseinandergesetzt.

Sie vertritt die Auffassung, dass bei einer Übernahme der Zuständigkeit durch den VRS - also bei einer Aufgabenträgerschaft des VRS Stuttgart für die Busverkehre - die Gefahr besteht, dass die bisherige Bus-Qualität im Landkreis zum Erliegen kommt. Über kurz oder lang wird bei den Busverkehren das gleiche Chaos eintreten wie beim S-Bahn-Betrieb.

Der VRS bekommt seit ca. 11/2 Jahr den S-Bahn-Betrieb nicht (mehr) in Griff. Er schreitet weder schnell ein oder ändert kurzfristig etwas, greift auch nicht für den Fahrgast erkennbar

durch, neigt zum Bagatellisieren (so bei der Anhörung im AUT des KT Lb am 8.7.2013) und zu großen Worten, was alles werden soll (z.B. bei Beschwerden der Fahrgäste, ohne dass dann etwas geschieht). Die Auftraggeberrechte (VRS) verschwinden hinter den (technischen) Ausreden des Auftragnehmers (DB-Regio).

*„Schon dies verbietet eine Ausweitung der Zuständigkeit auf den VRS für den gesamt ÖPNV auf absehbare Zeit“*, so Fraktionsvorsitzender Valet.

Aber es gibt noch weitere Gründe.

Ein Landkreis mit einer Ausdehnung von 687 km<sup>2</sup>, 39 Städte + Gemeinden und ca. 516.000 EW (immerhin der **2. größten Landkreis** in Ba-Wü), dessen Peripherie Großteils nicht durch S-Bahn-Linien erschlossen ist, benötigt zwingend funktionierende Bus-Verkehre als Ergänzung zum S-Bahn-Betrieb.

Was aber passiert bei Störungen an der Peripherie?

Wie beim S-Bahn-Verkehr wird es dem VRS dann nicht gelingen solche Störungen kurzfristig und dauerhaft zu beseitigen/zu unterbinden.

*„Das wird dann wieder in bekannter Weise klein geredet“* so Valet und weiter *„dies führt zu erheblichen Nachteilen für die Fahrgäste in den eher ländlich strukturierten Gebieten des Landkreises Lb , ohne dass etwas geschieht, das kennen wir ja“*.

Für die Organisation und den Unterhalt eines überregionalen Busverkehrs sind auch sehr lokale (Er-)Kenntnisse erforderlich, die in diesem Umfang zumindest für die 5 Landkreise **nicht** vorhanden sein können.

Bei Schwierigkeiten, Mängeln und Fahrgastbeschwerden kann der Landkreis bisher relativ schnell reagieren und Veränderungen – auch kurzfristig – durchsetzen, das hat er bereits wiederholt bewiesen.

Bündnis 90/Die Grünen im Landkreis setzen auf gute Busverkehre, um so mit attraktiven Angeboten den Individualverkehr einzudämmen, zurückzudrängen oder mindestens nicht auszuweiten.

Die Busverkehre im Landkreis sind für die Bürger/innen ein Stück „Lebensqualität“ mit ähnlicher Bedeutung wie der Straßenbahnbetrieb in Stuttgart.

Da die Grünen einen reibungslosen Busbetrieb bei einer organisatorischen Zuständigkeit des Verband Region Stuttgart (VRS) für diese Busbetriebe nicht gewährleistet sehen, wird die Übernahme der Aufgabenträgerschaft für den gesamten ÖPNV in der Region Stuttgart durch den VRS abgelehnt.

Das Unvermögen des VRS in der organisatorischen Unterhaltung des S-Bahn-Betriebs muss nicht leichtsinnig auf die Busverkehre im Landkreis übertragen werden.

**Bündnis 90/Die Grünen im KT Ludwigsburg**

